

Per Mail an:

jerome.huegeli@sbfi.admin.ch

gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Internationale Zusammenarbeit in der Bildung ist wichtig und für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik der Schweiz essentiell. Die CVP unterstützt den Bundesrat darin den weltweiten Spitzenplatz der Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation zu erhalten und die Positionierung der Schweiz als international anerkannter wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz zu stärken. Die CVP erachtet es als richtig, dass dazu die langfristige Sicherung und Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung gehört und ist mit der Totalrevision des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999 über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung (SR 414.51) einverstanden.

Wir begrüssen, dass der Bundesrat die Möglichkeit schafft, eigene Projekte zur Förderung der Mobilität in der Bildung aufzugleisen und unterstützen zu können. Der Fokus liegt nicht mehr alleine auf Programmen der EU. Künftig soll sich die Schweiz auch anderen internationalen Programmen anschliessen können. Die EU-Programme bleiben für die Schweiz dennoch die wichtigsten Partnerprogramme.

Die CVP begrüsst, dass die Vorlage nicht der Entscheidung über die strategische Ausrichtung und Finanzierung der Förderpolitik des Bundes oder einer allfälligen Assoziierung an die nächste Generation der europäischen Bildungsprogramme ab 2021 vorgreift. Dennoch hält die CVP an ihrer Forderung fest, dass der Bundesrat weiterhin eine Assoziierung an den EU-Bildungsprogrammen ab 2021 anstreben soll und dafür einen verhältnismässigen finanziellen Beitrag aushandelt.

Eine rasche Behandlung und Beratung dieser Vorlage ist insofern wichtig, als es sie für eine allfällige weitere Zusammenarbeit mit Bildungspartnern des Vereinigten Königreichs nach einem harten Brexit bedingt.

Im Bericht wird leider nicht nachvollziehbar dargelegt, wieso die privatrechtliche Stiftung Movetia in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtsgrundlage umgewandelt werden soll. Die CVP regt eine vertiefte Prüfung dieses Punktes an.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz